

Schweizerische Identität unter Beschuss

Sehr geehrte Parteikolleginnen und Parteikollegen
sehr geehrte Schweizerinnen und Schweizer
sehr geehrte Damen und Herren

Momentan erleben wir wahrhaftig turbulente Zeiten. Die Schweiz ist einem immensen politischen Druck ausgesetzt. Dieser stammt jedoch nicht nur aus dem Ausland. Seit jeher vertreten die politischen Akteure die Interessen unseres Landes bei Verhandlungen mit ausländischen Verantwortlichen nicht einheitlich. Die Debatte zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative beweist diese Tatsache nur zu deutlich. Das Landesgefüge und nicht zuletzt der Souverän, das Volk, wird hiermit zusätzlich geschwächt. In anderen Staaten führt man jeweils interne Diskussionen, **um danach nach aussen geeint zu entscheiden.**

Während anderswo ein Nationalfeiertag als grosses Ereignis zur Stärkung der Gemeinschaft gewürdigt wird, ist dies bei uns der Moment für Fragen zur eigenen Existenzberechtigung.

Natürlich hinterfragten seiner Zeit beispielsweise die Jungsozialisten den 1. August als solches. Dieser sollte doch durch den 12. September 1848 ersetzt werden. An diesem Tag wurde bekanntlich die erste bundesstaatliche Verfassung ins Leben gerufen. Der Rütlichschwur war lediglich ein Bündnis zur Sicherung des Besitzes, hiess es seitens der Juso. Dabei profitierte nur der Adel und allenfalls noch der Klerus, wogegen die einfachen Bürger nicht berücksichtigt wurden und in ihrer Armut verblieben. Diese Aussagen greifen zu kurz. Im Mittelalter fand man in Westeuropa nirgends andere gesellschaftliche Strukturen. **Eine Diskussion über neuzeitliche Demokratie und Klassenkampf ist hier völlig fehl am Platz und ignoriert die damalige Realität.** Viele Länder sind in diesen Epochen zuerst im Kleinen entstanden und haben sich danach langfristig bis in die letzten Jahrhunderte vergrössert. Des Weiteren möchte die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft einen neuen Text für die Nationalhymne mittels Wettbewerb verfassen lassen. Die Hymne müsse zeitgemässer, moderner erscheinen. **Einen anderen Willen ausser**

systematischem Identitätsabbau kann ich darin nicht erkennen. Wir Schweizer Demokraten verurteilen auch dieses Vorhaben aufs Schärfste.

Wenigstens eine Landeshymne sollte nicht auch noch internationalistisches Gedankengut enthalten.

Letztlich zitieren die Medien in diesen Tagen einmal mehr die Jungsozialisten. Ihr neuer Präsident, Fabian Molina, ruft dazu auf, am 1. August keine Schweizer Fahnen aufzuhängen. Zurzeit wird die ganze Welt von Kriegen heimgesucht, was auf Nationalismus und der damit verbundenen Militarisierung zurückzuführen sei. Besser wäre es daher, eine Friedensflagge zu hiessen. Da interpretiert Molina jedoch die Definition von „Nationalismus“ auf einseitige Weise. **Vor allem das Gegenteil, der Globalismus, kreiert doch die Auseinandersetzungen auf unserem Erdball. Allenfalls müsste er das nationalistisch-chauvinistische Gebaren einiger Grossmächte anprangern.** Diese wollen nämlich, teilweise mit vereinigten Bündnissen wie der EU oder der Nato, ganze Kontinente oder gar die ganze Welt kontrollieren. Was ist an unserem Nationalismus zu kritisieren?!

Das Schweizer Volk ist, quantitativ betrachtet, von bescheidener Grösse und verliert mit einer immer stärker zunehmenden Multikultur seine ursprüngliche Identität.

Das Recht auf eigene Kultur, Sitten, Bräuche und Traditionen hat rein gar nichts mit der Diskriminierung anderer Nationalitäten und Religionen zu tun. Zudem liegt der springende Punkt bei der politischen Neutralität, welche wiederum von den rot-grünen Kreisen selbst missachtet wird. **Wirtschaftliche und soziale Stabilität steht und fällt mit einem starken Selbstverständnis eines Landes mit seinen Regionen. Der schweizerische Föderalismus mit den ausgeprägten Volksrechten bildet dabei das Fundament.**

die Demagogen der Bildungselite

Doch woher kommt diese Denkweise, welche Patriotismus mit Rassismus und antidemokratischen Tendenzen, sogar mit Nazismus, gleichsetzt? Wer predigt ideologischen Humanismus und betrachtet eine nationalstaatliche Zugehörigkeit der Menschen als historisch belanglos? **Aus der 68er-Bewegung, hauptsächlich Studenten, entstand eine spätere Bildungselite, welche bereits Gymnasiasten erfolgreich infiltrierte.** Diese akademischen Hegemonen beherrschen nebst weiten

Teilen der Politik auch das Sozialwesen, das Staatswesen, die Medienlandschaft, die Kultur und wie bereits angesprochen, die Ausbildung auf Stufe Gymnasium respektive Universität und Fachhochschulen bestimmter Ausrichtungen.

Sozialdemokraten und Grüne haben fast ausschliesslich berufliche Höchstqualifikationen. Auch bürgerlich-liberale Politiker besitzen einen adäquaten Abschluss, **wobei hier vielmehr die internationale Vernetzung der Wirtschaft das tragende Argument gegen national-konservative Prinzipien darstellt.**

Einzig die Schweizer Demokraten sprechen sich sowohl gegen die wirtschaftliche als auch gegen die politische Globalisierung aus.

Die linken Gegner solcher Entwicklungen sucht man vergebens. **Trotz Demokratieabbau propagieren sie den EU-Beitritt.**

Wachstumswahn schadet den Bergregionen

Allgemein vertreten die Schweizer Demokraten eine wachstumskritische Politik, welche alle anderen Parteien als unrealistisch bezeichnen. **Jedes Jahr wird in der Schweiz pro Sekunde ein Quadratmeter Fläche zubetoniert.** Eine notwendige Verschärfung im Zusammenhang mit der Lex Koller wurde in den vergangenen zwei Monaten aufgrund der bürgerlichen Dominanz (einschliesslich SVP) im Ständerat abgelehnt. **In wirtschaftsliberaler Manier soll also die Spekulation weiterhin die Immobilienpreise und somit auch die Geschäftsmieten hochhalten.**

FDP, CVP und SVP plädierten bereits vor Jahrzehnten für eine Lockerung der Einschränkung des Grundstückerwerbs durch ausländische Staatsbürger.

Dieselben Vertreter verteidigen ebenfalls die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer wie die Löwin ihre Jungen. Politische Platzhirsche der Gebirgskantone zersiedeln und verschandeln diesen empfindlichen Lebensraum, gefährden die lokale Landwirtschaft, vertreiben die Einheimischen mithilfe hoher Preise und Mieten und nennen das Ganze dann Standortwettbewerb.

Gerade erfolgreicher alpiner Tourismus ist letztendlich von der Präsentation als einzigartiges Gastland abhängig. Die Attraktivität liegt in der Identität.

Wenn ich plötzlich in der Lenzerheide im Kanton Graubünden anstelle von Capuns und Pizokels „Black Tiger Crevetten“ und Calamares bekomme, **so hat dies mit dem Schutz von lokalen Traditionen wenig zu tun und befriedigt nämlich auch die Touristen nicht.**

Statt sanfter nachhaltiger Entwicklung und Investitionen in die vorhandene Infrastruktur entstehen Quartiere von Zweitwohnungen, welche während 10 bis 11 Monaten im Jahr unbewohnt sind.

Etliche Umsetzungsvorschläge zur angenommenen Volksinitiative sind bei weitem zu grosszügig. Ein weiterer wichtiger Volksentscheid betrifft das Raumplanungsgesetz mit der Reduzierung von Einzonungen mittels Mehrwertabgabe. Mitglieder kantonaler Behörden äusserten grösste Bedenken. Der Markt solle doch frei funktionieren können. Hier sieht man nur wieder die Ehrlichkeit mancher Politiker. **Wörter wie „Übervölkerung“ und „Verbetonierung“ wurden auf listige Weise als Modebegriffe missbraucht.** Wenn es sich dann obendrein noch um ein Anliegen zur Beschränkung der Zuwanderung handelt, so muss ein solches Verhalten erst recht verurteilt werden.

Ecopop-Initiative – SVP auf Abwegen!

Die SVP lancierte die Initiative „gegen Masseneinwanderung“. Nach der höchst erfreulichen und historisch bedeutenden Zustimmung an der Urne weigert sich die EU in gewohnter monarchischer Manier, mit der Schweiz zu verhandeln. Wo liegt nun die Lösung?

Umgehen wir doch diese Verhandlungen oder setzen zusätzlichen Druck auf, indem der Ecopop-Initiative zum Durchbruch verholfen wird.

Und siehe da! **Sogar der angeblich patriotischen SVP sind jährliche Einwanderungsströme von ca. 16'000 Personen zu wenig.** Ist dieses Verhalten ein Novum?! Nein! **Bei der Erstabstimmung über die bilateralen Verträge I im Jahr 2000 verweigerte die SVP die Unterstützung für ein Referendum und beschloss danach auch die Ja-Parole.** Der Grundstein für eine neue Epoche mit exorbitanter Zuwanderung war somit gesetzt. Das Abkommen über die Personenfreizügigkeit wurde eingeführt. Fünf Jahre später sprach sich das Volk für die Erweiterung der Freizügigkeit auf die neuen EU-Staaten aus. Die SVP überliess die Referendumsarbeit den Schweizer Demokraten und setzte sich erst im Abstimmungskampf gegen die Vorlage ein. Dasselbe wiederholte sich 2006 bei der Vorlage über die Kohäsionshilfe. Im Jahr 2009, Freizügigkeit Rumänien und Bulgarien, war dann wenigstens die junge SVP zur Stelle. **Bei der aktuellen Ecopop-Debatte sprachen sich lediglich drei SVP-Nationalräte und der**

parteilose Ständerat Thomas Minder für die Initiative aus. Viele angeblich national denkende, allseits bekannte Volkstribune wechselten die Seite.

Ein SVP-Mann griff sogar die Ecopop-Initianten auf ordinärste Weise an und bezeichnete diese als „Birkenstock-Rassisten“.

Ist er wirklich der richtigen Partei beigetreten?! Weitere Worte erübrigen sich. Nun sind die Schweizer Demokraten bei diesem zweiten wegweisenden Urnengang des Jahres 2014 wieder einmal auf sich alleine gestellt. Alleine gegen die „classe politique“, **bestehend aus international orientierten Humanisten, wirtschaftsliberalen Globalisten und bürgerlichen Populisten, welche nur Populisten und nicht wie die SD National-konservative sind.** Dabei wollte Ecopop mit dem Artikel zur Familienplanung in den Entwicklungsländern die gemässigten Parteien hinter sich ziehen. Man sprach jedoch lieber von Kolonialismus, was einfach nur ideologische Sturheit und Unsachlichkeit darstellt.

wirtschaftliche Entwicklung ohne Personenfreizügigkeit

Für die Schweizer Demokraten ist die Strategie indes klar. Die Masseneinwanderungsinitiative verlangt Kontingente. Dies ist ein erster Schritt. Unabhängig davon, wie allfällige Verhandlungen mit der EU ausgehen könnten, **würden wohl die hiesigen Berufsbranchen die mögliche Anzahl Einwanderer entsprechend hoch ansetzen, sodass bei positiver Konjunkturentwicklung das Bevölkerungswachstum gleich stark zunehmen würde.** Im schlimmsten Fall wären es gar weit über 80'000 Personen. Diese Zahl entspricht dem langjährigen Durchschnitt. Was lässt sich denn überhaupt mit Verhandlungen gewinnen? Diese sind unnötig und bringen ohnehin kaum den gewünschten Erfolg.

Künden wir doch diese Personenfreizügigkeit. Politische Vereinbarungen waren für wirtschaftliche Zusammenarbeit noch nie nötig. Mit der USA oder dem asiatischen Raum besteht auch keine Freizügigkeit.

Unsere Forschung hat einen sehr guten internationalen Ruf. Selbst ein totaler Verzicht auf das entsprechende EU-Programm „Horizon 2020“ würde den Schweizer Standort nicht schwächen. Das Studentenaustauschprogramm „Erasmus“ hat ebenfalls keine elementare Bedeutung. Machen wir endlich unsere innenpolitischen Hausaufgaben. Bis anhin verpasste es vor allem das Gesundheitswesen, eigene Ausbildungsplätze zu schaffen. **Wir benötigen eine zusätzliche Vielzahl solcher**

Praktikumsstellen, aber auch mehr Plätze für Lehrlinge aller Branchen. In der medizinischen Fakultät ist der unsinnige „Numerus clausus“ aufzuheben. Die wirklich notwendigen Hochqualifizierten lassen sich mit der Ecopop-Regelung immer noch rekrutieren, allerdings natürlich viel weniger an der Zahl.

Die Mehrheit der Migranten besteht nämlich aus Personen mit sogenannten Grundstufenabschlüssen sowie Ungelehrten. Hinzu kommt der Familiennachzug.

Selbstbestimmung statt EU-Knechtschaft

Lassen wir uns von der EU nicht unterkriegen. **Wir benötigen für unsere Wirtschaft den Zugang zu einzelnen EU-Ländern, jedoch nicht zum EU-Binnenmarkt.** Wir sind schliesslich nicht EU-Mitglied und anerkennen dieses Grossmachtgebilde mit seinen gierigen Karrieristen wie Jean-Claude Juncker oder Viviane Reding nicht. Die Union von heute ist eine Institution, welche von Schwellenländern, siehe vor allem Osteuropa, einseitig profitieren möchte. Nationale Volkswirtschaften werden nicht zuletzt dank der gemeinsamen Währung eliminiert. Deutschland und Frankreich sei gedankt! **Niemals akzeptieren wir Schweizer Demokraten „fremde Richter“.** Schon jetzt erduldet man Entscheide des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte als übergeordnetes Recht.

Wir bekämpfen das geplante Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz und sind als Partei auch Mitglied des Komitees „gegen den schleichenden EU-Beitritt“.

Das letzte Wort bei Angelegenheiten im Zusammenhang mit diesem Rahmenvertrag hätte jeweils der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Das Schweizer Volk wäre nicht mehr der Souverän. Schliesslich beweisen nur schon die Diskussionen zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, wie mit dem Stimmvolk umgegangen wird. **SP und Grüne wollen eine Abstimmung über die Bilateralen und haben auf einmal Lunte gerochen. Sie wollen nur in die EU. Mehr nicht!**

Hingegen zeigten gerade die Resultate der Europawahlen vom Mai, dass bei den Mitgliedstaaten die Sympathien bröckeln.

Die Grossen dürfen zahlen und die Kleinen wissen damit nichts anzufangen. Haben die Kleinen Probleme, so werden sie zu existenziellem Sozialabbau gezwungen.

Hingegen muss ärgerlich festgestellt werden, dass die EU-skeptischen Parteien nur bedingt zusammenarbeiten. Die Interessen sollten doch dieselben sein.

SD – im Dienste des Schweizer Volks!

Ja, es war und ist ein wahrlich turbulentes Jahr. Es steht sehr viel auf dem Spiel. **Wir Schweizer Demokraten bitten um Eure Mithilfe.**

Am 30. November 2014 stimmen wir über die Ecopop-Initiative ab. Schreibt Leserbriefe, kreierte Flugblätter, verteilt diese auf der Strasse oder in die Briefkästen. Zusammen schaffen wir es!

Auch sonst werden sich die Schweizer Demokraten weiterhin für eine freie und unabhängige Schweiz einsetzen. Das Fundament ist unsere gemeinsame Herkunft. Diese konnten wir im Kanton Aargau stärken, **indem dank einer SD-Initiative im Kindergarten weiterhin Mundart gesprochen werden kann.** Die Übervölkerung und Verbetonierung der Landreserven macht uns Sorgen. Deshalb fordern wir endlich die wortgetreue Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative, die Abschaffung der Pauschalbesteuerung reicher Ausländer und den Erhalt der Lex Koller. Wir befürworten auch, entgegen vielen SVP-Vertretern, die Goldinitiative.

Eine Golddeckung unserer Landeswährung schützt uns vor globalen Konjunkturschwankungen und stärkt unsere Volkswirtschaft gegenüber den Hegemonialansprüchen der USA und der EU.

Der Überfremdung kann vor allem mit dem Erhalt des Schweizertums entgegengetreten werden. Wir fordern, **dass der Text unserer Nationalhymne in den Volksschulen gelernt werden muss. Staatskunde soll obligatorisch sein.** Letztlich sind bei kulturellen Subventionen vermehrt auch traditionelle Vereine wie Schützen-, Schwing- und Musikgesellschaften sowie Turnvereine zu berücksichtigen. Die Schweizer Demokraten bleiben am Ball. **Ohne Basis kann die Parteileitung jedoch nicht erfolgreich arbeiten. Wir brauchen Euch. Gemeinsam sind wir stark!**

In diesem Sinne wünsche ich Euch allen einen schönen 1. August und bedanke mich für Euer Erscheinen.

Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern